

Die Tiroler Bezirkshauptleutekonferenz vom 24. Juli 1945

Das vorliegende Protokoll der Bezirkshauptleutekonferenz vom 24. Juli 1945 liegt ein im Bestand **Handakten Landeshauptmann Weißgatterer XXVII/1**. Das maschinschriftliche Protokoll wird inhaltlich vollständig und wortwörtlich wiedergegeben. Die Korrekturen durch den Herausgeber sind in der in der folgenden Edition durch eckige Klammern [] gekennzeichnet.

Protokoll Nr. 3 über die Bezirkshauptmännerkonferenz vom 24. Juli 1945

Landeshauptmann

Ich bitte Sie um Berichte aus den einzelnen Bezirken wie sich die Übernahme durch die Franzosen abgespielt hat, welche Schwierigkeiten es dabei gab und wie Sie mit der französischen Militärregierung zurecht kommen.

Ihr erstes Bemühen muß darauf gerichtet sein, daß alle Requisitionen und Anforderungen durch die französischen Besatzungstruppen über die Zentralstelle gehen.

1.) Bei der Übergabe von Requisitionsgütern ist die Inventur abzuwarten.

2.) Daß das Verfahren eingehalten werden muß, daß die Anforderung nur hier durch die Wirtschaftsämter gehen und von dort aus versucht wird, ordnungsgemäß die Waren zuzuteilen. Es ist dabei anzustreben, daß es hier von der Zentrale aus geschieht.

Besonders dringlich erscheint uns, wenn irgendwelche Aufträge in der Industrie durchgeführt werden, daß wir im kurzen Wege unterrichtet werden. Die örtlichen Kommandanten müssen darauf hingewiesen werden, daß diese Fragen von der Landesregierung und den Kommandanten der Zone abgestimmt werden sollen. Von der amerikanischen Militärregierung wurden eine Reihe [Reihe] von deutschen Betrieben in österreichische[s] Eigentum übertragen. Es liegen ferner auch einige Meldungen vor, daß die örtlichen Kommandanten Geldleistungen angefordert haben. Wir bitten um umgehende Berichte und um Verständigung der Kommandanten, daß diese Anforderungen an die Landeskassen zu richten sind. Es ist besonders darauf zu sehen, daß, wenn in irgend einem Betrieb noch kein österreichische[r] Kommissar sitzt, sofort ein provisorischer Kommissar durch den Bezirkshauptmann eingesetzt wird und wir seine Bestätigung bei der Militärregierung beantragen. Es wird notwendig sein, daß wir überall energische Kommissare sitzen haben.

Wir stehen augenblicklich in Unterhandlung mit der französischen Militärregierung wegen der Frage der Reichsdeutschen. Morgen wird eine Proklamation für folgende Personenkreise herausgegeben; welche für den Zwangsabtransport nicht in Frage kommen.

1.) Südtiroler

2.) Frauen österreichischer Staatsangehörigkeit, die durch Eheschließung vor oder nach dem 13. März 1938, die deutsche Staatsbürgerschaft erlangten, vorausgesetzt, daß entweder

a) die Ehe inzwischen durch den Tod des Mannes gelöst,

b) die Ehe durch rechtskräftiges Urteil getrennt,

- c) die Scheidungsklage bereits vor dem 4. Mai 1945 überreicht wurde, oder
d) der Gatte sich noch in Kriegsgefangenschaft befindet oder vermißt ist, solange bis eine Nachricht vorliegt, daß er sich hier oder in Deutschland befindet.
- 3.) Deutsche Staatsangehörige oder Auslandsdeutsche bei Nachweis besonderer Fähigkeiten und Leistungen auf künstlerischem, wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete.

Die Ansuchen um Aufenthaltsgenehmigungen müssen bei den zuständigen Bürgermeisterämtern eingebracht werden. Die Bürgermeister werden angewiesen bei Überprüfung solcher Anträge den strengsten Maßstab anzulegen. Die überprüften Gesuche sind an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten, die die Gesuche sammelt, mit Listen in dreifacher Ausfertigung, an den Sicherheitsdirektor weiterleitet. Der Sicherheitsdirektor nimmt gemeinsam mit dem Informationsausschuß die Sichtung dieser Gesuche vor.

Für Fälle, bei denen mit Rücksicht auf die Erhebungen die vorläufige Aufenthaltsgenehmigung nicht rasch genug ausgestellt werden kann, sind die Bezirkshauptmannschaften ermächtigt, bei den örtlichen Militärverwaltungsstellen eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung auf die Dauer von 4 Wochen zu beantragen.

Im allgemeinen wird es sich empfehlen den Kreis möglichst klein zu halten.

Werner (Kitzbühel)

Die Franzosen sind mehr europäisch eingestellt und liebenswürdiger und haben erklärt, sie kommen als Freunde und nicht als Sieger und haben sich auch so benommen. Der Franz. Go[u]verneur erklärte, was für die Amerikaner galt, gelte auch für ihn. Die abziehenden Amerikaner haben sehr viel mitgenommen und auch manches zerstört, davon haben die Franzosen einiges fotografiert. Auch sonst möchte ich sagen, sind die Franzosen nicht so schlimm, allerdings war es mit dem Beschlagnahmen anfangs sehr böse. Es ist jetzt schon etwas besser geworden. Der Regimentskommandant ist sehr dahinter und läßt ein Plakat drucken, daß nur der Go[u]verneur Beschlagnahmen durchführen darf. Dieses Plakat wird wahrscheinlich schon heute angeschlagen. Schlimm sind die Anforderungen die gestellt werden betreffend Benzin und Lebensmittel. Auch hier wurden schon Verbesserungen erreicht. Wöchentlich 1.000 kg Fleisch, 1.000 l Milch, 1.400 Eier wurden in St. Johann beschlagnahmt. Der Bürgermeister kam zu mir und ich versuchte, daß wir irgendeine Kompensation dafür bekommen. Erst wollten uns die Franzosen Gewicht gegen Gewicht in Mehl geben, dann wurden andere Ausgleiche vorgeschlagen und zum Schluß wurden von ihnen nur mehr 300 kg Fleisch verlangt. In Kitzbühel sind die Anforderungen sehr wesentlich, es wurde uns zwar versprochen, daß dies nur vorübergehend sei, und uns angeblich, wenn die Transporte kommen, alles zurückgegeben wird.

Landeshauptmann

Ursprünglich war es in Vorarlberg so, daß sie pro Mann 2 l Vollmilch, 100 gr Butter, 100 gr Käse und etwas Fleisch verlangten. Sie haben bald erkannt, daß unsere Ernährungslage viel schlechter ist und zugesagt, daß es generell eingestellt wird. Sie werden auf die Requisitionen verzichten. Es wird noch einige Zeit dauern bis das in alle Bezirke hinauskommt. Daher ist es sehr dringend, genaue Berichte von den Bezirken zu erhalten.

Werner (Kitzbüchel)

Es ist von einigen Bürgermeistern verlangt worden, daß sie Lebensmittel, insbesondere Milch, Butter usw. direkt an die Besatzungstruppen abzugeben haben, das ist ein unhaltbarer Zustand. Ich habe den Leuten gesagt, sie sollen sich alles schriftlich geben lassen, damit man dann Unterlagen hat, was an Militärgut abverlangt wurde.

Auch einige Lager wurden schon geräumt und die Sachen mit Autos weggeschafft; darunter befanden sich auch Stoffe.

Landeshauptmann

Es wird sich empfehlen wöchentlich eine Aufstellung über sämtliche Requisitionen zu machen und uns auf dem schnellsten Wege bekanntzugeben.

Werner (Kitzbüchel)

Die Verhaftungswelle nimmt unter den Franzosen einen großen Umfang an. Uns gehen die Arbeitskräfte ab. Könnte die Landesregierung den Franzosen ein anderes Prinzip vorschlagen, vielleicht ginge es mit Geldstrafen.

Wir haben den Auftrag bekommen, daß nicht die Wiener und andere[n] Österreicher in Flüchtlingslager zu geben sind, sondern die Reichsdeutschen. Die Österreicher werden besser behandelt und kommen in Wohnungen.

Landeshauptmann

Wir haben den Antrag gestellt, wenn irgendetwas möglich die Reichsdeutschen aus den Dörfern herauszuholen. Es wird sich auch dann die Ernährungslage bessern.

Attlmayr (Reutte)

Der Übergang hat sich sehr gut vollzogen. Mit den Amerikanern haben wir sehr böse Erfahrungen gemacht, mit den Franzosen ist viel besser zu arbeiten. Bei den Franzosen besteht das Bestreben, daß sie sich in ganz loyaler Weise benehmen wollen. Es sollen franz. Plakate in jedem Geschäft und Gasthaus angeschlagen werden, wo auf Befehl des Go[u]verneurs niemand was nehmen darf, ohne daß er einen Bezugschein hat. Die Anforderungen bewegen sich in erträglichen Grenzen. Sie werden sehr streng bestraft vom Go[u]verneur, wenn sie nicht parieren. Es wird allerdings sehr stark gewildert. Es wurde an die Landesregierung ein Antrag gestellt, sie möchte beim Go[u]verneur beantragen, daß die Franzosen nur jagen gehen, wenn ein Jäger mitgeht. Das Hochfrequenzinstitut wurde von den Amerikanern ausgeplündert, besonders Autos wurden weggeführt und das übrige haben die Franzosen genommen. Im Metallwerk Plansee wurden von den Amerikanern 3.000 kg Zinn und Wolfram beschlagnahmt und weggebracht. Das Metallwerk wird auf Kochplattenerzeugung umgestellt.

Ich habe alle Mechaniker zusammengeholt und aus Eigenem einen Autopark gegründet, in dem alle herumstehenden Kraftfahrzeuge zusammengefaßt und repariert werden. Wenn nun ein Auto repariert ist, holen es die Franzosen weg.

Daß die Bahnen nicht verkehren ist ein ungeheurer Nachteil für uns.

Die Verordnung, daß die Reichsdeutschen ihre Möbel abgeben müssen, hat große Empörungen hervorgerufen. Vielleicht könnte man da etwas menschlicher verfahren. Wir leben von Bayern und wenn wir jetzt eine Welle von Hass hervorrufen wird der spätere Verkehr mit Bayern sehr erschwert werden. In der Sicherheit hat es keine Unzukömmlichkeiten ergeben. Die Franzosen haben sehr viel versprochen, doch bis jetzt hat sich noch nicht viel gerührt.

Dr. Neuner (Imst)

Wir sind auch mit der amerikanischen Militärregierung sehr gut gestanden. Die Anforderungen der Franzosen erfolgen bei uns auch durch die Zentrale. Es ist unstatthaft, daß die Franzosen ohne einen Schein der Militärregierung Requisitionen vornehmen dürfen. Über die Requisitionen der Militärregierung bekommen wir einen Durschlag. Ich bin mit den Herren der Militärregierung in allen Gemeinden gewesen. Es werden uns in nächster Zeit zwei Kompanien zur Verfügung gestellt, damit wir die Holzarbeiten durchführen können.

Huber (Schwaz)

Der Verkehr mit den Amerikanern war ein guter, der mit den Franzosen ist wesentlich besser, hauptsächlich ist dies darauf zurückzuführen, daß alle 3 leitenden Offiziere perfekt deutsch sprechen. Wir waren auch bereits im Achantal und haben wegen dem Holz nachgesehen. Der Kommandeur zeigt volles Verständnis für die Lage im Bezirk. Sie werden trachten, daß wir den nötigen Treibstoff zur Herausbringung des Holzes bekommen. 50 SS-Leute von Jenbach sind uns für die Arbeit bereits zur Verfügung gestellt worden. Die Anforderungen der Franzosen sind dieselben wie bei Imst und Reutte. Der Kommandeur will auch Kundmachungen herausgeben, daß Requisitionen nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

Die Diebstähle während der Nacht auf Feldern und Gärten nehmen fürchterlich überhand. Der Kommandeur ist bereit die Flurwächter zur Bewachung der Felder einzuführen. Er übernimmt dies auf sein eigenes Risiko.

Worüber wir zu klagen haben, ist der Chef der Sicherheitsabteilung. Er hat einen stark jüdischen Einschlag. Er ließ den Bürgermeister und den Gendarm von Hinterriß verhaften, setzte den Leiter der Widerstandsbewegung ab und einen anderen als kommissarischen Bürgermeister ein. Diese Vorgangsweise wird vom Kapitän nicht gedeckt.

Bei uns ist der Kontakt sonst sehr gut und daß sie sich bei uns nicht als Sieger fühlen, sah man am besten bei den Einquartierungen.

.....(Landeck)

Das Einvernehmen mit den Amerikanern war sehr gut; nur haben sie bei ihrem Abgang sehr viel mitgenommen. Auch das Karbit haben sie weggeführt. Das Einvernehmen mit den Franzosen war erst sehr schlecht. Sofort verlangten sie 14 Schreibzimmereinrichtungen mit tadellosen einheitlichen Möbeln, dann Kanzleibedarfsartikel in großen Mengen. Auf unsere dagegen erhobenen Einwendungen wurde uns

gedroht. Das Einvernehmen jetzt ist um 180 Grad besser. Sie sind sehr höflich und unsere Wünsche werden weitgehendst berücksichtigt. Nur die Wilderei nimmt schreckliche Formen an. Der Major hat versprochen, daß er Wandel schaffen wird. Die Anforderungen der Lebensmittel sind gleich wie in anderen Bezirken. Die Reichsdeutschen sollen innerhalb von 15 Tag wegkommen. Die Franzosen wünschen in Landeck keine Sammeltransporte, sondern möglichst viel Einzelabreisen. Sie wollen nicht haben, daß die Leute in Lagern zusammengefaßt werden. Die Sicherheit gibt zu keinen Klagen Anlaß. Der Schmuggel in die Schweiz ist allerdings sehr arg. Der Viehschmuggel nach Italien geht ganz offen vor sich. Der Posten in Nauders ist zu schwach.

Dr. Bachmann (Kufstein)

Wir sind mit den Amerikanern gut zu fahren gekommen. Mit den Franzosen ist es augenblicklich noch sehr schwer auszukommen. Sie befehlen und sind äußerst arrogant. Um 12 Uhr mittags wurde verlangt, daß 20.000 RM auf der Volksbank bis 16 Uhr zu erlegen sind. Die Franzosen beschränken sich bei den Einquartierungen auf öffentliche Gebäude. Sie reflektieren aber auch auf Privatwohnungen. Der Dolmetscher, eine dunkle Existenz, hat eine sehr starke Position bei den Franzosen, beschlagnahmt Möbel und sonstiges. Die Requisitionen auf dem Lande draußen sind stärker als in der Stadt. Bei den einzelnen Bauernhöfen wird stark requiriert. Die Soldaten kommen zu den Höfen und sagen, wir wollen sofort Kartoffel, Butter und Eier, und wenn ihr uns das nicht gebt, werdet ihr abgeführt. In Wörgl sind die Franzosen zum Bürgermeister gegangen und haben unter Haftandrohung Bezugscheine für Butter und Honig verlangt. Bei der Firma Riedhart wurden diese Waren bezogen. Sie haben auch einen Bezugscheinblock gestempelt und mit Blankounterschriften versehen angefordert. Dieser Block ist jetzt in der Schublade des Kapitäns.

Mit Benzin ist es sehr knapp, wir hatten für den ganzen Bezirk 800 l und davon hat 250 l der Kommandeur für seinen Wagen verlangt. Wir haben fast keine Fahrzeuge für die Landwirtschaft. Das sind völlig untragbare Verhältnisse.

Wir wurden von den Franzosen aufgefordert die Jagden namhaft zu machen. Es liegen keine Meldungen über Wilderereien vor. Ein unhaltbarer Zustand ist die Post und auch die Verbindung mit Innsbruck. Es wäre vielleicht gut, wenn man auf den Kurierweg zurückginge, weil eine andere Regelung nicht möglich ist.

Landeshauptmann:

Wir haben die Zusicherung von den Franzosen, daß am 25.Juli die Post zugelassen wird. Auch der Amtstelefonverkehr wurde zugesichert. Privattelefongespräche dürfen nur mit der Zustimmung des Bürgermeisters geführt werden. Die Weisungen werden noch an alle Bezirkshauptmannschaften hinausgegeben.

Dr. Bachmann (Kufstein)

Zur Rückwanderung der Reichsdeutschen möchte ich noch sagen, daß sich alles in Kufstein staut. Insbesondere wie die Franzosen kamen haben die Amerikaner eine Panikstimmung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Sie haben für 3 Tage die Grenze aufgemacht und alle konnten mit Möbel über die Grenze. Es sind dadurch große Sachschäden entstanden. Es ist jetzt etwas besser geworden, aber es klappt noch immer nicht. Alle Leute werden in das Sammellager nach Kufstein geschickt. Ein

Großteil ist schon weg und der Rest soll in den nächsten Tagen wegkommen. Was die Möbel der Reichsdeutschen anbelangt, würde es die Bevölkerung nicht verstehen wenn diese beschlagnahmt oder veräußert würden.

Dr. Reichert [Reicher] (Innsbruck-Land)

Das Verhältnis zu den Franzosen ist bei uns sehr gut, nur sind die Franzosen arme Teufel und haben Bedarf an Allem und nehmen es sich auch. Am besten sind die Verhältnisse in Zirl, wo die Engländer sind. Obwohl sie mit 300 Mann dort sind, haben sie nur öffentliche Säle in Anspruch genommen und wohnen sonst im Zelt.

Dr. Melzer (Innsbruck-Stadt)

Das Verhältnis mit den Offizieren ist gut, aber noch ganz unklar. Die franz. Militärregierung für Innsbruck-Stadt ist jetzt angehängt worden an die franz. Militärregierung für das Land Tirol doch wahrscheinlich ist auch das nur provisorisch. Die Quartierlage ist ganz katastrophal. Wir haben viel mehr Offiziere als Mannschaften hier und jeder will eine Villa. Die Quartierfrage ist schlechter als bei den Amerikanern. Es ist eine eigene Abteilung für die Requisitionen der Franzosen eingerichtet worden über Bettwäsche, Geschirr, Betten, Schreibtische usw. Die Anforderungen sind ungeheuer groß und wir haben nichts mehr. Die Sammelberichte werden an das Landeswirtschaftsamt gegeben. Der Bürgermeister hat nicht die Möglichkeit ein Hotelzimmer zu belegen und dabei sind so und so viele frei. Es heißt, daß diese auch frei bleiben müssen für die Franzosen die noch kommen. Es wurde auch versucht nach irgendeinem Plan vorzugehen, aber das ist daran gescheitert, daß wir 5 Kommanden in Innsbruck haben. Davon hat jeder einen Stab von Offizieren die wollen sie möglichst in ihrer Nähe unterbringen und von den Offizieren will jeder womöglich noch seine Unteroffiziere in nächster Nähe haben. Die Bundesbahndirektion sollte geräumt werden, weil ein Lazarett hineinkommt. Dies wurde noch abgesehen, doch wurde dafür das Sieberer-Waisenhaus geräumt. Es ist kein Platz mehr für Obdachlose vorhanden.

Landesrat Muigg

Die Requisitionen auf dem Lande von seiten der Franzosen dauern noch immer an. Es sind Dinge vorgekommen, wo man sagen muß, daß diese Requisitionen nur zu irgendeinem Festmahl vorgenommen wurden. Es wirkt aufreizend und empörend auf die Bauern, da man das nicht versteht. Vom Ernährungsamt aus sollen diese Requisitionen erst dann anerkannt werden, wenn diese vom Bezirksernährungsamt aus ergehen. Diese Weisung soll an die Bezirksobmänner der Bauern hinausgehen, auch von der Landesregierung aus. Es wird sehr viel Holz angefordert. In dieser Sache haben wir heute eine Vereinbarung getroffen mit den Franzosen. Sie haben zugesagt, daß diese Anforderungen nurmehr im Einvernehmen mit dem Bezirkswirtschaftsamt gemacht werden. Sie haben Scheine ausgegeben und diese Scheine müssen an die Holzhändler übergeben werden. Die Sägebesitzer und Holzhändler sind zu unterrichten, daß die Abgabe von Holz nur mehr auf Grund dieser Scheine erfolgen darf. Bei den Bauern werden Handwerkerarbeiten nur dann ausgeführt, wenn sie in Form von

Naturalien vergütet werden. Die Bezirkshauptmänner haben diese Fälle auf Grund der Gesetzwidrigkeit zu unterbinden.

Werner (Kitzbühel)

Im Bezirke Kitzbühel wurden alles was an Alkohol hier war von den Amerikanern beschlagnahmt. Die Franzosen haben auch die sofortige Ablieferung verlangt. Für uns ist es sehr schlecht, daß die Grenze nach Salzburg so radikal gesperrt ist. Jeder Verkehr fehlt uns. Wirtschaftlich müssen wir über die Grenze. Der Go[u]verneur hat sich bemüht diese Grenzschwierigkeiten aufzuheben. Es ist bisher nicht gelungen mit den Amerikanern ein Abkommen zu treffen.

Betreffend der Hotels möchte ich dasselbe sagen wie Innsbruck. Die Franzosen erklären, diese müssen frei bleiben, weil ihre Angehörigen kommen.

Landeshauptmann:

Ich möchte folgende Rundfrage machen. Für wie viele Personen würden sie eine provisorische oder dauernde Aufenthaltsbewilligung beantragen. Wieviele Reichsdeutsche kommen außer den Südtirolern in Betracht.

Ungefähr 50 pro Landbezirk.

Was ist mit jenen die 20 bis 30 Jahre hier sind?

Landeshauptmann

Über die Verhaftungswelle. Im großen und ganzen ist es erwünscht, daß mehr geschieht als bei den Amerikanern. Wir haben auch nichts dagegen, daß die Franzosen schärfer vorgehen. Es soll natürlich nicht wild vorgegangen werden, sondern ein aus allen Parteien gegliederter Ausschuß entscheiden, ob gegen den Mann etwas vorliegt oder nicht. Es wäre in diesem Sinne mit den Bezirkskommandanten zu verhandeln, daß man den Grundsatz durchsetzt, daß verantwortlich ein Ausschuß am Sitze der Behörde dies begutachtet. Ein besonderes Gewicht wäre darauf zu legen, daß sie auch mit ihren Ortskommandanten ein Verfahren absprechen, daß solche Verhaftungen im Einvernehmen mit der Sicherheitsdirektion durchgeführt werden.

Zur Möbelfrage. Die Franzosen habe die Absicht, daß sie keinerlei Abtransport der Möbel, des Bargeldes und der Pretiosen gestatten werden, sondern alles beschlagnahmen. Diese Werte sollen möglichst der österreichischen Wirtschaft erhalten bleiben. Wenn die Besatzungstruppen eine Beschlagnahme aussprechen, wandern diese Möbel dorthin, wo sie von ihnen gebraucht werden. Wir haben die Absicht gehabt, es den Reichsdeutschen zu ermöglichen, daß sie die Sachen in Depots geben und die Meldungen darüber an den Bürgermeister geben. Durch die neuen Entwicklungen mit den französischen Behörden wurde dieser Plan durchkreuzt und es kann nicht mehr gemacht werden. Was das übrige reichsdeutsche Vermögen betrifft wird von der Bundesregierung in Kürze eine Regelung erlassen. Es wurden 1 ½ Millionen Gold von Österreich abtransportiert und nichts dafür eingebracht. Grundsätzlich wird

wahrscheinlich die Bundesgesetzgebung einen Interessenanspruch über das reichsdeutsche Vermögen erheben.

Frage der Feldwachen. Auch wir haben einen Antrag gestellt, daß die Feldwachen unbedingt bewaffnet werden müssen. Die Aufstellung der Feldwachen ist dringend notwendig. Über den Jagdschutz wurde mit den Amerikanern schon ein Übereinkommen getroffen. Es wird versucht auch mit den Franzosen ein Einvernehmen herzustellen.

Frage des Arbeitermangels. Es ist nicht erfreulich, wenn zu Zwangsmaßnahmen geschritten werden muß. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß auch die Bezirkshauptmannschaften dasselbe veranlassen müssen. Auch die ganzen Fremden, die sich in den Dörfern aufhalten, müssen unter allen Umständen zu Arbeit herangeholt werden.

Einige Höfe, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, werden mit anderen Leuten besetzt. Wenn man gegen die Bauern so vorgeht, muß auch mit derselben Schärfe gegen die Gewerbetreibenden und anderen vorgegangen werden. Ich werde in den nächsten Tagen eine Verfügung an die Beamten hinausgehen lassen, daß das Arbeitstempo gesteigert werden muß.

Der Abtransport der Reichsdeutschen wird von den Franzosen radikal durchgeführt. Sammeltransporte lassen die Amerikaner nicht durch, deswegen legen die Franzosen Wert auf Einzeltransporte. Durch diese Abtransporte wird eine fühlbare Entlastung der Dörfer hergestellt. Dort geht ein Großteil der Lebensmittel durch diese Fremden verloren und dies muß so schnell wie möglich unterbunden werden.

Landeshauptmannstellvertreter

Im wesentlichen kann ich dasselbe berichten, daß das Verhältnis zu den Franzosen sehr gut ist. Das Verhandeln gestaltet sich sehr leicht. Sie sehen ein, daß unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten sehr gering sind und wir selbst große Bedürfnisse haben und sehr schwer durchkommen. Die Hauptschwierigkeit ist die Ernährung. Es wurde die entsprechende Regelung getroffen, daß in der 1. und 3. Woche Butter und in der 2. und 4. Woche Käse ausgegeben wird. Die Ablieferung auf dem Milch- und Fettgebiete muß unbedingt in die Höhe gehen, sonst ist eine Ernährungskatastrophe nicht mehr aufzuhalten. Auf dem Mehlgebiete hoffe ich eine rasche Erleichterung zu bekommen.

Gruppenfahrbereitschaftsleiter

Ing. Jonak

Die Franzosen wollen unter allen Umständen den Fahrzeugverkehr einschränken. Von den zugelassenen Autos sollen 800 abgeschrieben werden. Die Franzosen sind sehr entgegenkommend, aber sehr energisch. Ein Großteil der Autos, die heute stillgelegt sind, sind an die Franzosen abzugeben. Ich bitte, daß mir die Bezirkshauptleute möglichst bald Meldungen zugehen lassen, über die Zahlung der zugelassenen Fahrzeuge. Auch die Zahl der wirklich vorhandenen Fahrzeuge und zwar derjenigen die a) von der Polizei zugelassen sind und b) was man annimmt, was die Leute sich in den letzten Monaten verschafft haben. Bei dieser Gelegenheit kann vielleicht erreicht werden, daß wir den Franzosen die Fahrzeuge anbieten, die wir nicht brauchen können. Vor allem sollen ausländische Typen abgegeben werden.

Die Treibstofffrage hat bis jetzt sehr traurig ausgesehen. Die Offiziere haben gesagt, sie wollen uns täglich für Tirol und Vorarlberg 2.000 l Benzin zu Verfügung stellen. Es sollen drei Treibstofflager eingerichtet werden und zwar in Innsbruck, Bregenz und Landeck.

Die blauen amerikanischen Zulassungsscheine sollen bleiben. In einigen anderen Bezirken sind allerdings schon andere Scheine ausgegeben worden.

Das Generatorgasprogramm soll großzügiger ausgeführt werden. Jeder Holzgasgenerator wird von den Franzosen frei zugelassen. Es soll in der Zeitung publiziert werden, wo man sich hinwenden kann, wenn Transporte nicht durchgeführt werden können. Wöchentliche Berichte sind an die Zeitung zu geben.

Landeshauptmann

Herr Jonak, ihre Aufgabe ist es dafür zu sorgen, daß unter allen Umständen ein einheitliches Verfahren im ganzen Lande in Geltung ist.

Dr. Falser

Es dürfen keinerlei Sonderzuteilungen gemacht werden. Bei Beschlagnahmen und Anforderungen der franz. Militärregierung nur über den Weg des Kommandanten gehen. Der Wein steht nach wie vor zur Verfügung des Landesernährungsamtes. Die Auffassung der Franzosen darüber ist falsch. Die Franzosen wollen die Fleisch- und Fettversorgung für sie selbst übernehmen.

Wenn versteckte Lager ausfindig gemacht werden, sind sie an uns zu melden. Verfügen Sie nicht selber darüber. Besonderer Wert ist auf die statistische Nachweisung zu legen. Die Normalstatistik ist 14 tägig zu machen und die Hausschlachtungsstatistik ist jetzt von besonders großen Wert.

Über die Verpflegung der Forstarbeiter, Bergarbeiter und KZ-Häftlinge ist folgendes zu sagen. Die Forstarbeiter bekommen die Schwerstarbeiterzulage und außerdem den Fettausgleich. Als Sonderzulage bekommen sie noch eine Raucherkarte extra. Dasselbe ist für die Bergarbeiter in Aussicht zu nehmen. Was die KZ-Häftlinge betrifft, so wird in der nächsten Regierungssitzung ein Antrag ausgearbeitet. Die Zuteilung der Lebensmittel der in kurzer Zeit zurückkehrenden Kriegsgefangenen ist mit Reisemarken durchzuführen. Die sich noch in Lager befindlichen ausländischen Arbeiter bedeuten für uns eine große Belastung. Die Kalorienzahl muß vorläufig für sie auf Wunsch der Franzosen bestehen bleiben, es soll aber praktisch nur das gegeben werden, was zu Verfügung steht. Das Liquidierungsamt ist durch Verfügung des Herrn Landeshauptmann auf das Landeswirtschaftsamt übergegangen.

Die Nachweise über die Inventuraufnahme sind raschestens an das Landeswirtschaftsamt zu senden.

Landeshauptmann

Die Inventurlisten sind zunächst an das Landeswirtschaftsamt zu senden und wenn sie dort durchgearbeitet sind, werden sie erst dem franz. Kommando übergeben.

Dr. Falser

In der nächsten Zeit soll vielfach eine Lockerung im Bezugscheinwesen eingeführt werden. Mir erschiene es viel zweckmäßiger, die Bezugscheine als Prämien an Leute auszugeben, die wirklich was leisten. Es wird notwendig sein, daß die Ausstellung der Bezugscheine von den Kartenämtern auf die Ernährungsämter übergeht.

Landeshauptmann

Für die ganzen Industriebetriebe ernannte die amerikanische Militärregierung auf unseren Vorschlag kommissarische Leiter. Zur Durchsicht der Privatindustrie werden eigene Ausschüsse gebildet. Ein Landesgesetz- und Verordnungsblatt wird erscheinen, in dem diese Verordnungen hineinkommen. In Betriebe, die im öffentlichem Interesse stehen, sind kommissarische Leiter einzusetzen. Betriebe, die im öffentlichen Interesse stehen sind:

- 1.) Reichsdeutsche Betriebe,
- 2.) Betriebe an deren Spitze ein staatsgefährlicher Mann steht
- 3.) arisierte Betriebe.

Es ist aufmerksam zu machen, daß die kommissarischen Leiter keinen Anspruch auf den Erwerb dieser Betriebe haben. Er wird entsprechend bezahlt, darf aber sonst keinen Nutzen aus dem Geschäft ziehen. Die Klärung der Rechtsfrage wird durch die Bundesgesetzgebung geregelt werden. Die Säuberungsausschüsse für die Privatwirtschaft sind bei allen Bezirkshauptmannschaften zu errichten.

Landesrat Muigg

Die Ernährungslage in Bezug auf Milch- und Fettversorgung ist das schwierigste Problem. Diese Angelegenheit muß irgendwie anders geregelt werden. Wir sind da zu einem Koppelungsverfahren übergegangen und zwar, daß solche Betriebe, welche pro Kuh ein[e] gute Milchleistung haben, Jahresleistung 2.400 l Milch, von einer Viehstellung in Hinkunft freigestellt werden. Diese Fehlleistung der genannten Betriebe wird von jenen Betrieben hereingebracht die eine sehr schwache Milchleistung haben, Jahresleistung 1.400 l Milch. Diese Betriebe haben 50 bis 100 % mehr Vieh zu stellen. Wir glauben, daß wir die Bergbauern mehr belasten können, weil sie mit der Milchabgabe bedeutend besser abgekommen sind. Tatsächlich ist auch die Milch- und Butteranlieferung im letzten Monat gestiegen. Im Bezirk Innsbruck wurden schon 16 Bauern mit 500 – 2.000 RM bestraft, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachgekommen sind. Zur Aufstellung der Flurwachen sind wir deswegen gekommen, da wir durch die Polizei und die Gendarmeriestellen nicht den notwendigen Schutz erhalten. Es soll den Bürgermeistern und den Ortsobmännern an Hand gegangen und diese Sache unterstützt werden.

Landeshauptmannstellvertreter

Ich möchte die Bezirkshauptleute daran erinnern, daß die Karteikarten über Bodennutzung dringend benötigt werden. Den Prüfungsstellen soll von den Bezirkshauptmannschaften ein Gendarm zu Verfügung gestellt werden.

Oberst Winkler

Es mußten sehr viele Polizeiorgane entlassen werden, weil sie Angehörige der NSDAP waren. Es wird wahrscheinlich eine Gendarmerieschule eingerichtet werden.

Landesrat Dipl. Ing. Hradetzky

Die Kohlenversorgung läuft langsam an. 180 Tonnen stehen uns wöchentlich zur Verfügung. Die Reihenfolge der Verwendung bleibt ausschließlich den Wirtschaftsämtern.

Bei der Bahn wurde schon viel gerichtet. Es laufen sogar schon D-Züge. Für den Bezirk Reutte wird vielleicht schon für Anfang nächster Woche ein Zugsverkehr eingerichtet. Allerdings wird der Zug auf der Strecke Scharnitz – Ehrwald plombiert. Die Bezirkshauptleute werden um Vorschläge zur Verbesserung der Fahrpläne gebeten.

Werner (Kitzbühel)

Die Amerikaner haben den ganze Zement beschlagnahmt. Wir brauchen aber dringend Zement.

Imst, Landeck und Reutte können keine Verhaftungen durchführen.

In einigen Wochen wird der freie Verkehr mit Wien zugelassen und dann können die Wiener abgeschoben werden.

gez.: Kundratitz.

Vieles war ein Provisorium im Juli 1945 in Tirol. Es herrschte bittere Not, und das administrative Chaos war noch nicht gänzlich gebändigt. Erst wenige Wochen lag es zurück, dass Nordtirol anfangs Mai von den US-Streitkräften militärisch vom Nationalsozialismus befreit worden war. Der Bezirk Lienz, also Osttirol, vom nationalsozialistischem Regime dem Land Kärnten zugeschlagen, verblieb (bis 1947) weiterhin dort und lag in der britischen Besatzungszone. Die Lage war gelinde gesagt angespannt, weniger wegen der Zerstörungen von Häusern, Brücken, Straßen und Eisenbahnstrecken, die hauptsächlich die Bombardements der US-Airforce hinterlassen hatten. Das Land war randvoll mit Menschen von auswärts, die sich gewollt und ungewollt als Treibgut des Krieges in Tirol aufhielten: Südtiroler, die im Zuge der Option ausgewandert waren, Flüchtlinge aus dem Osten Österreichs, die sich 1945 vor der Kriegswalze in den noch sicheren Westen abgesetzt hatten, „volksdeutsche“ Flüchtlinge aus aller Herren Länder, ehemalige Zwangsarbeiter, vor allem aus Polen und der Sowjetunion, die als Arbeitskräfte in das Land herein geholt worden waren (die Volksdeutschen und die Zwangsarbeiter fielen in die Kategorie der „Displaced Persons“); dazu zählten im wieder auferstandenen Österreich die so genannten „Reichsdeutschen“, Personen aus dem „Altreich“ (Deutschland in seinen Grenzen von 1937), die nun zu einem mit wenigen Ausnahmen unerwünschten Kollektiv erklärt wurden, das es möglichst rasch außer Landes zu schaffen galt. Die Kontingente der alliierten Kriegsgefangenen der Deutschen Wehrmacht wie auch die der deutschen Kriegsgefangenen der alliierten Streitkräfte wurden von den Besatzungsmächten relativ schnell abgebaut. Zu viele Menschen lebten im Land und die Versorgung drohte zu kippen, befürchtet wurde eine Hungerkatastrophe. Beschaffungskriminalität griff um sich, die Schwarzmärkte blühten. Der Tausch, Ware gegen Ware, war wirtschaftlicher Alltag, im großen wie im

kleinen, trotz des beibehalten Systems der Produktionskontrollen, der Pflichtablieferungen und der Bezugsscheine. Mit nicht immer vereinten Kräften versuchten Besatzungsmacht, regionale und lokale österreichische Instanzen Tauschgeschäfte aufzuziehen, um die notwendigsten Güter, vor allem Lebensmittel, für ihre Bevölkerung heranzuschaffen.

Das Sagen im Land hatte die Besatzungsmacht, deren Militärregierung in Innsbruck sowie deren Militärkommandanten in den Bezirksorten. Zwar wurde einheimischen Repräsentanten, die sich aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus rekrutierten oder diesem nahestanden, ein politischer Spielraum eingeräumt, der aber immer wieder formell oder informell durch Rücksprachen mit der Besatzungsmacht abgesichert werden musste. Der vorgesehene und Mitte Juli 1945 vollzogene Wechsel der Besatzungsmacht, von den USA zu Frankreich, löste Irritationen und Ängste aus. Auf die Amerikaner hatten sich Bevölkerung und politische Eliten bereits eingestellt. Aber wie würden die Franzosen als Besatzer agieren, deren Armee 1940 militärisch gedemütigt und deren Land vom Krieg verheert worden war?

In der personellen Zusammensetzung der obersten heimischen Instanz, die administrativ und gleichsam auch legislativ als Ordnungsfaktor noch im Mai tätig werden durfte, dem Ordnungs- oder Exekutiv Ausschuss des österreichischen Widerstands für Tirol, spiegelt sich die politische Kräfteverteilung der Vorkriegszeit, allen voran waren in diesem Gremium Christlichsoziale und Konservative, daneben Sozialdemokraten vertreten, und die Kommunisten wurden miteinbezogen.

Für die amerikanische Militärregierung empfand den Ausdruck „Widerstand“ als missverständlich, daher wurde Dr. Karl Gruber, unter dessen Führung der Befreiungscoup in Innsbruck am 3. Mai 1945 gelungen war, wodurch er sich an die Spitze der Tiroler Widerstandsbewegung setzen konnte, am 22. Mai provisorisch zum Landeshauptmann von Tirol ernannt. Der Exekutiv- und Ordnungsausschuss wich, bei gleichbleibender personeller Zusammensetzung, einer (provisorischen) Tiroler Landesregierung, die am 6. Juni zu ihrer ersten Sitzung zusammentrat. (Im November 1945, zugleich mit der österreichischen Nationalratswahl, wurde in Tirol ein Landtag gewählt, der dann wiederum mit Dr. Alfons Weißgatter einen neuen Landeshauptmann und eine neue Landesregierung wählte.) Eine der ersten Fakten, die diese Tiroler Landesregierung zu schaffen suchte, war sich in Tirol den Zugriff auf den Behördenapparat zu sichern, die Bezirkshauptmannschaften (unter dem Nationalsozialisten zu Landräten umfunktioniert) in erster Linie, aber auch auf die „verwaisten“ Behörden, Ämter und Dienststellen des Bundes im Bereich Justiz, Finanzen, Polizei und Gendarmerie.

Die Konferenz vom 24. Juli 1945, zu der die Bezirkshauptleute und der Innsbrucker Bürgermeister geladen waren, ist ein unscheinbares, aber wichtiges Dokument der Innenschau. Angesprochen wurden die wichtigsten und dringendsten Probleme, wobei auch die Erfahrungen und Wertungen aus den einzelnen Bezirken mit einfließen: Frankreich als die neue Besatzungsmacht; das Stellen von Wohnraum und Verpflegung für die Besatzungstruppen, deren Requisitionen, deren Verhaftungen von ehemaligen NS-Anhängern, deren Beschlagnahmungen der „deutschen“ Betriebe, Geschäfte und Unternehmen, die Ernährungslage, die Ausweisung der Reichsdeutschen, die labile Verkehrssituation, die höchst bescheidenen Ressourcen an Kraftfahrzeugen und Benzin.

Teilnehmer an dieser Konferenz, die von Dr. Karl Gruber als provisorischem Landeshauptmann geleitet wurde, waren der Innsbrucker Bürgermeister Dr. Anton Melzer, die Bezirkshauptmänner Dr. Alois Neuner (Imst), Dr. Gustav Reicher (Innsbruck-Land), Max Werner (Kitzbühel), Dr. Bachmann in Vertretung des Bezirkshauptmanns von Kufstein Ing. Andreas Gerber, der im Protokoll nicht namentlich genannte Josef Egger (Landeck), Friedrich Attlmayr (Reutte) und Dr. Josef Huber (Schwaz). Von Seiten der Tiroler Landesregierung waren noch vertreten Dr. Alfons Weißgatterer als Landeshauptmannstellvertreter, zuständig für die Gemeinden, Landesrat Josef Muigg, zuständig für Landwirtschaft und Ernährung, und

Landesrat Ing. Anton *Hradetzky*, zuständig für das Verkehrswesen. Zur Konferenz zugezogen wurden der Landesbeamte und Jurist Dr. Meinrad *Falser*, der das Wirtschaftsreferat leitete, und der Oberst der Gendarmerie Wilhelm *Winkler*, der die Sicherheitsagenden beim Amt der Tiroler Landesregierung betreute. Das Protokoll führte Dr. Franz *Kundratitz* als leitender Beamter dieses Amtes.

Dr. Wilfried Beimrohr

© Tiroler Landesarchiv 2012